

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

24. April 1968 - 33/II
Einzelpreis DM 0.75

SPRINGER-KLAGE: MAHLER SOLL 250 000 DM SCHADENERSATZ ZAHLEN

Nachdem die Springer-Presse durch die Pistolenschüsse Bachmanns Rudi Dutschke als Symbolfigur der Außerparlamentarischen Opposition verloren hat, hat sie Rechtsanwalt Horst Mahler aufs Korn genommen: Laut einer Klage von Axel Springer & Sohn sowie der Ullstein GmbH soll Mahler am 10. Juni vor dem Landgericht in Westberlin zur Zahlung von mindestens 250 000 DM Schadenersatz verpflichtet werden. Mahler soll, laut Klageschrift, "in der Nacht vom 11. zum 12. April an der Spitze eines mit Steinen, Brandfackeln und Molotov-Cocktails bewaffneten Haufens in die Geschäftsräume der Klägerin eingedrungen" sein, um die Auslieferung der Springer-Produkte zu verhindern. Die Klageschrift: "~~Dabei verursachte er Verwüstungen im Werte von mindestens 250 000 DM.~~" Diesen "unmittelbaren Schaden" und "anderen mittelbaren", der nicht näher bezeichnet wird, soll er ersetzen. Das Gericht soll Mahler ferner aufgeben, die Auslieferung künftig nicht mehr zu behindern, dazu aufzurufen, an Aktionen teilzunehmen oder sie zu unterstützen und ferner nicht mehr in die Springer-Geschäftsräume einzudringen. - Der Streitwert wurde auf 370 000 DM festgelegt. In einem Verfahren gegen EXTRA-Dienst ließ Springer den Streitwert auf 200 000 DM festsetzen.

ERSTER MAI: HASENHEIDE UND HOHENSTAUFENPLATZ

Die Planungen der Außerparlamentarischen Opposition für den 1. Mai 1968 sind abgeschlossen. Am 30. April, 18 Uhr, wird in der Hasenheide in Neukölln in beiden Sälen (Fassungsvermögen 8000 bis 10 000 Menschen) ein Kongreß zur sozialen und wirtschaftlichen Situation Westberlins und seiner Menschen stattfinden. Am 1. Mai sammelt sich die Außerparlamentarische Opposition um 9. 30 Uhr auf dem Neuköllner Karl-Marx-Platz; um 10 Uhr setzt sich die Kampfdemonstration zum Hohenstaufenplatz über Karl-Marx-Straße, Reuterstraße, Sonnenallee, Hermannplatz, Urbanstraße, Graefestraße, Kottbusser Brücke und Kottbusser Damm in Bewegung. Auf der Schlußkundgebung, gegen 11 Uhr, werden auf dem Hohenstaufenplatz sprechen: Günther Tolusch, Betriebsratsvorsitzender der Fordwerke Köln; Erwin Birkmann, Betriebsratsmitglied der Daimler-Benz-Werke Mannheim; Dr. Klaus Meschkat vom Republikanischen Club; Bernd Rabehl vom SDS und Heinz Beinert von den "Falken". - Die bereits angemietete Deutschlandhalle für den Kongreß zog ihre Zusage zurück, nachdem sich keine Versicherungsgesellschaft - auch britische und amerikanische wurden angeschrieben - bereitgefunden hatte, die Versicherung zu übernehmen. Der Rathausvorplatz als Kundgebungsort wurde vom Senat abgelehnt, da im Maikomitee Gruppen versammelt seien, die "Gewalt gegen Sachen" nicht ausschließen, weshalb das Abgeordnetenhaus in Gefahr sei. Dazu ein Sprecher der APO: "Offenbar dürfen vor dem Rathaus, siehe Kundgebung vom 21. Februar, nur Versammlungen stattfinden, auf denen zur Gewalt gegen Menschen aufgerufen wird."

PLATZ DER REPUBLIK: "FREIHEITSKUNDGEBUNG" OHNE DIE FDP

Bei einer Pressekonferenz am Dienstag wartete DGB-Vorsitzender Sickert gleich mit zwei Falschinformationen auf: Er behauptete, Senat, Gewerkschaften und alle drei Parteien (SPD, CDU und FDP) seien Träger der Maiveranstaltung vor dem Reichstag am Platz der Republik. Die FDP hat aber bereits entschieden, daß sie keinen Sprecher stellen wird. Sie erwägt sogar, an der Kundgebung überhaupt nicht teilzunehmen. Falschinformation 2: Sickert behauptete, Losungen und Transparente bei Westberliner Maikundgebungen würden nicht zensiert, "das wird nicht geschehen, das ist nicht geschehen". Tatsache ist, daß der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken - mehrfach das Mittragen von Transparenten untersagt worden ist - nachzulesen in allen Westberliner Blättern, einschließlich der Springer-Zeitungen.

AUTOKORSO ZUM 1. MAI: TREFFPUNKT SONNABENDMORGEN

Mit zwei Autokorsos in den Norden und in den Süden Westberlins wird die Außerparlamentarische Opposition am kommenden Sonnabend, 27. April, zur Beteiligung an der Sozialistischen Maiveranstaltung in Neukölln aufrufen. Die Autofahrer treffen sich am Sonnabend, 9. 30 Uhr, auf dem Parkplatz vor dem Charlottenburger Schloß.

SPD-LINKE TIERGARTEN: "ZELTMISSION" GEGEN WEISSEN KREIS

Die "Junge Linke in der SPD" Tiergarten wird ab Freitag in öffentlichen Aktionen auf den bevorstehenden Zusammenbruch des Wohnungsmarktes in Westberlin mit der Einführung des "Weißen Kreises" hinweisen. Am Freitagmittag werden auf dem Kirchplatz vor der Heilandskirche in der Thusneldaallee Zelte aufgebaut, in denen die linken Sozialdemokraten "wohnen" werden, um den Bürgern Westberlins zu zeigen, wie manche von ihnen in absehbarer Zeit zu leben haben. Aufklärungsaktionen sollen das "live-in" verdeutlichen.

Ursprünglich sollten die Zelte auf dem Rathausvorplatz aufgestellt werden. Tiergartens "linker" Bürgermeister Karnatz entsann sich allerdings eines Bezirks-Beschlusses, nach dem der Rathausvorplatz Organisationen nicht zur Verfügung gestellt werden darf. Der Anlaß für diesen Beschluß war Ärger um eine Fronleichnamsprozession gewesen.

STERNMARSCH AUF BONN: WESTBERLINER DABEI

Die Teilnahme von Westberlinern am "Sternmarsch der Opposition" nach Bonn wird vom Kuratorium Notstand der Demokratie in Zusammenarbeit mit der Kampagne für Demokratie und Abrüstung organisiert. Auskünfte erteilt die Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Berlin 12, Niebuhrstraße 65, Telefon 83 29 03.

DONNERSTAG IN DAHLEM: SCHÜTZ DISKUTIERT MIT STUDENTEN

Westberlins Regierender Bürgermeister hat nach zweimaligem Kneifen verbindlich eine Diskussion mit Studenten zugesagt. Ein Auftritt im Auditorium maximum der FU oder der TU wurde von ihm jedoch abgelehnt. Die Diskussion soll in dem rund 200 Zuhörer fassenden Studentenheim an der Gelfertstraße am Donnerstag, 25. April, 18. 30 Uhr stattfinden. Schütz wird mit je einem Vertreter von SDS, SHB, LSD, ESG und GSG sowie den Studentenvertretungen am "runden Tisch" vor Zuhörern diskutieren. Von der Veranstaltung wird eine Tonbandaufzeichnung gefertigt.

AXEL SPRINGER: DANK AN DIE MITARBEITER

Durch Kontakteleute in der Konzernleitung des Hauses Springer ist auch der EXTRA-Dienst in den Besitz einer auf Axel Springers persönlichem Briefpapier geschriebenen Danksagung des Verlegers an seine "lieben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen" gelangt - postalisch zugestellt mit direktem Absender "Axel Springer, 1 Berlin 61, Kochstraße 50". Der Verleger stellt in diesem Brief fest: "Der Versuch radikaler Gruppen, mit Terror, Aufruhr, Brandstiftung und Landfriedensbruch die Herstellung und Auslieferung unserer Zeitungen zu verhindern, ist fehlgeschlagen. Wir werden auch in Zukunft der ungesetzlichen Gewalt nicht nachgeben. Die von Ihnen, meine lieben Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter, bewiesene Disziplin, Ihre Tatkraft und Ihr Mut haben entscheidend dazu beigetragen, daß kein Zeitungsexemplar weniger gedruckt und ausgeliefert wurde." Wieder einmal verwechselt Springer den Bestand seines Verlages mit dem Bestand der Demokratie: "Wir dürfen allerdings nicht verkennen, daß das Verlagshaus Axel Springer nur ein vorgeschobener Angriffspunkt ist. Die bisherigen Parolen und Aktionen der radikalen Initiatoren haben bewiesen, daß ihr wirkliches Ziel die Zerstörung unserer Gesellschaftsordnung und der Demokratie ist." Springer erklärt noch einmal, daß er "der breiten demokratischen Mitte verpflichtet" bleibe: "Dazu gehört selbstverständlich auch die Unterstützung berechtigter Forderungen der Studenten und Schüler im Universitäts- und Schulbereich. Ihr Axel Springer."

PROF. DAHRENDORF: WELT-MELDUNG WAR WELT-MEINUNG

Eine Meldung der "Welt" und der "Stuttgarter Zeitung", wonach Prof. Ralf Dahrendorf ein gerichtliches Vorgehen u. a. gegen Horst Mahler, Ekkehart Krippendorff, Wolfgang Lefèvre und Klaus Meschkat gefordert habe, wird von Prof. Dahrendorf dementiert. Nach Auffassung Dahrendorfs war in dem privaten Gespräch, das er während einer Tagungspause in Stuttgart mit einigen Journalisten geführt habe, von "gerichtlichem Vorgehen überhaupt nicht die Rede". Dahrendorf habe überdies auch keine Namen genannt, sondern nur von einem "kleinen Kreis" gesprochen; die Namen seien von der Redaktion der "Welt" aufgrund eigener Recherchen dazugesetzt worden. Dahrendorf-Assistent Dr. Wien: "Es wäre doch völlig irrsinnig, wenn Herr Dahrendorf jetzt die Leute denunzieren wollte, mit denen er gerade erst in Berlin diskutiert hat. Seine Äußerung richtet sich in keiner Weise, und schon gar nicht denunziatorisch, gegen die Studenten."

ZITAT DER WOCHE

"Adieu Albertz" - Springers "Berliner Morgenpost" verabschiedete den Ex-Regierenden am Dienstag mit diesem Satz aus der Ansammlung der ihr genehmen Personen; Grund: Albertz hatte sich in der Fernsehsendung "panorama" mißvergnügt über das Springer-Monopol im Pressewesen gezeigt.

WITZ DER WOCHE

Mit der Überschrift "Liebe Mitmenschen" wandte sich in der vergangenen Woche ein Volker Schröder mit kostspieligen Flugblättern an Westberlins Bürger, in denen er sich als Schütz-Nachfolger empfahl: "Laßt mich einmal ran, gebt mir eine Chance! Wenn ich Mist mache, dann jagt mich zum Teufel und sucht den Nächsten. Das ist die 'Permanente Revolution'", meint der Spaßvogel und erklärt am Ende seiner Regierungsproklamation: "Ich bin ein Feind aller Konventionen und Formen. Deshalb nehmt diese Art, sich als politischer Exponent anzubieten, nicht übel. Ob ihr Sozialisten oder Kapitalisten seid, ist doch egal. Auf die Ehrlichkeit des Menschen kommt es an! Wenn ihr wollt, so holt mich ins Rathaus. Ich wohne in der Benzmannstraße 10 in Steglitz. Falls ich nicht zu Hause bin, so klingelt bei meinen Wirtsleuten und hinterlaßt eine Nachricht."

PERSONALIEN

PETER LORENZ, Westberliner CDU-Abgeordneter, vergangenen Sonntagabend vor der Buchhandlung Schoeller zu seiner Ehefrau, die sich ausgestellte "linke Literatur" besehen wollte: "Komm jetzt - den Mist kannst Du Dir auch zu Hause anschauen, ich hab den ganzen Mist zu Hause."

GEORGE KISTIAKOWSKY, in Rußland geborener Chemiker der Harvard-Universität (USA) Erfinder des Explosivzünders für die Atombombe und wissenschaftlicher Berater Eisenhower, hat wegen des US-Krieges in Vietnam jede Verbindung zum amerikanischen Kriegsministerium abgebrochen; das meldet die "Washington Post".

REDAKTIONELLE HINWEISE

AUF SEITE 9 VERÖFFENTLICHEN wir im Faksimile einen Brief an das Haus Springer. Er wurde im "Kölner Stadtanzeiger" gedruckt.

ALLE APRIL-NUMMERN von EXTRA-Dienst sind trotz Nachdrucks einzelner Nummern vergriffen.

FAZ: TELEFONÜBERWACHUNG DES RC AUSGEPLAUDERT

Die "Frankfurter Allgemeine" läßt ihren Bonner Korrespondenten Günther Gillessen am Dienstag mitteilen, daß der Westberliner Republikanische Club sich ständiger telefonischer Überwachungen erfreut. Man wisse, so Gillessen, daß nach dem Attentat auf Dutschke vom RC aus "übers Telefon Impulse an Studentenfürher an anderen Universitäten gegeben wurden". Weiter: "Daß man in Berlin von den Telefonaten aus dem RC weiß, geht wohl auf die Schutzmacht zurück." Gillessen bedauert, daß eine solche "Schutzmacht" nicht überall Telefonate abhört, offenbar nicht in Hessen, was "die hessischen Behörden anscheinend taub und blind gemacht" habe. Die FAZ ruft dazu auf, die Bundesregierung solle nach § 5, 2 des "Gesetzes über den Verfassungsschutz" den Ländern Weisung geben, "damit bestimmte Gruppen beobachtet werden". Geschehe das nicht, so enthülle das "erbitternde Verantwortungsscheu".

SFB: PROTEST GEGEN PERSONALRAT

Bei Redaktionsschluß des EXTRA-Dienstes am Dienstagnachmittag noch nicht beendet war eine Personalversammlung des Senders Freies Berlin, in der über eine Erklärung des Personalrats diskutiert wird. Der Personalrat hatte "einstimmig mit Empörung von den Versuchen der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition Kenntnis genommen, eine Sendezeit von täglich 60 Minuten im SFB-Programm zu erlangen". Der Personalrat "ruft schon heute die Belegschaft auf, bei drohenden Terrorakten gegen den SFB ohne besondere Aufforderung - auch außerhalb der Dienststunden - in ausreichender Zahl das Funkhaus aufzusuchen, um notfalls dessen Einrichtungen schützen zu helfen." Unterzeichnet hatte das Dokument der Personalratsvorsitzende Otto Reimer, ein Nachrichtensprecher; von den 1100 Belegschaftsmitgliedern des SFB hatten ihn gerade 250 gewählt. Ebensoviele Belegschaftsmitglieder unterzeichneten bis Dienstagnachmittag eine "Gegenerklärung zur Entschließung des SFB-Personalrats", die Westberlins Tageszeitungen entweder unterdrückten oder - wie die "Welt" - entstellt wiedergaben.

Hier der Wortlaut: "Wir widersprechen der Entschließung des SFB-Personalrats vom 17. April 1968. Wir begrüßen die erklärte Bereitschaft des SFB-Intendanten, Franz Barsig, zum Gespräch mit der außerparlamentarischen Opposition. Wir begrüßen, daß der Intendant sich schützend vor seine Mitarbeiter stellt. Wir begrüßen die Ankündigung des Intendanten, auf die Ausgewogenheit der politischen Kommentare im SFB zu achten. Die Empörung des Personalrats im Zusammenhang mit dem Versuch der außerparlamentarischen Opposition, bis zum 1. Mai eine tägliche Sendezeit zu erhalten, erscheint uns unangemessen. Form und Inhalt der Entschließung des Personalrats gefährden die notwendige Diskussion. Auch wir lehnen jede Gewaltanwendung ab. Wir halten es jedoch für bedenklich, allen Andersdenkenden indirekt den Vorsatz zum Totschlag und zur Brandstiftung zu unterstellen. Statt mit Besonnenheit zu argumentieren, beschwört der Personalrat 'drohende Terrorakte gegen den Sender Freies Berlin' und ruft zu einer Art organisiertem Selbstschutz auf. Wir appellieren an alle Kollegen, sich von Vereinfachungen und Vergrößerungen zu distanzieren."

REGIONALAUSSCHUSS KAMPAGNE: ARBEITSKREISE IN DEN BEZIRKEN

Zehn Arbeitskreise in den einzelnen Westberliner Bezirken, an denen bereits mehr als 150 Menschen mitarbeiten, wurden von der Westberliner Kampagne für Demokratie und Abrüstung gebildet. Sie beschäftigen sich als "Basisgruppen", in denen Arbeiter, Angestellte, Studenten, Schüler und Angehörige freier Berufe zusammenarbeiten, vor allem mit dem Sternmarsch auf Bonn am 11. Mai, mit Theorie und Praxis der "Formierten Gesellschaft", mit dem Zusammenhang zwischen Sozial- und Rüstungsstaat, mit der Notstandsgesetzgebung, mit einer von Westberlin ausgehenden Entspannungspolitik sowie mit der wirtschaftlichen Situation der Stadt. Eine enge Zusammenarbeit mit den Basis- und Initiativgruppen des Aktionskomitees der Arbeiter, Studenten und Schüler wird angestrebt.

KATHOLISCHE GEGENZEITUNG: KAMPF DER "AMTSKIRCHE"

Kaum ist die Nullnummer der mit einem Startkapital von 15 Millionen ausgestatteten neuen katholischen Wochenzeitung "Publik" erschienen, melden sich schon die Gegner: Eine

Die folgenden Seiten dieser Ausgabe sind uns verloren gegangen.

Der Versuch, diese Seiten vom Landesarchiv Berlin zu bekommen, schlug fehl.

Der komplette Jahrgang 1968 des BERLINER EXTRA DIENST

ist z.Z. nicht zur Einsicht freigegeben.

Ab wann der Jahrgang wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung steht,

konnte uns nicht gesagt werden.

red. trend am 12.4.2018